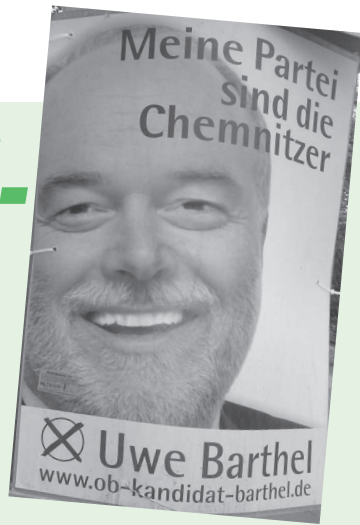
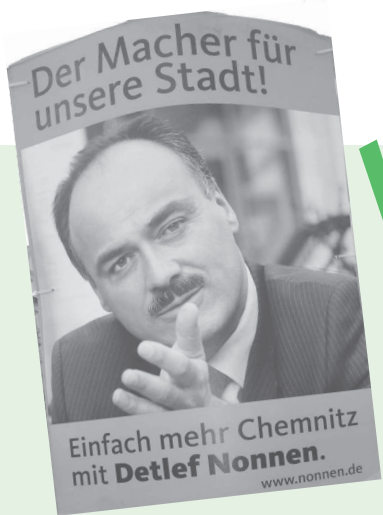


DAS GRÜNE HEFT

Ausgabe II / 2006

Wahlzeit!



Inhalt

Vorwort	03
“neue Großprojekte kritisch hinterfragen ...”	
Die OB-Kandidaten beziehen Stellung	04
AKW's zum Aufessen	
Diana Hohner resümiert 20 Jahre Tschernobyl	17
Demokratie stärken	
Monika Lazar über einen mühsamen Weg	19
Der “gläserne Fan”	
Johannes Lichdi über Bürgerrechte während der Fußball WM	22
Mobilität für alle?	
Annekathrin Giegengack zum Verkehrsentwicklungsplan Chemnitz	25
1. Mai 2006	
Grüne beteiligen sich an der Aktion “fair-spielt”	28
Klimaschutz und Geldanlage	
Volkmar Zschocke über das geplante Bürgerkraftwerk	29

“DAS GRÜNE HEFT”
Chemnitzer Informationen über die Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erscheint viermal jährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Auflage:
1.000 Stück

Kontakt:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Chemnitz, Theaterstraße 76
09111 Chemnitz
info@gruene-chemnitz.de
www.gruene-chemnitz.de

Fotos:
Till Käbsch, Volkmar Zschocke,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Katrin Zweiniger, Archiv

Gestaltung:
Till Käbsch, Volkmar Zschocke

Herausgeber:
CARTELL - agentur für citymedien

Redaktionsschluss:
diese Ausgabe: 26.05.2006
nächste Ausgabe: 11.08.2006

v.i.S.d.P.:
Volkmar Zschocke,
Tel. 0371 666 46 72 (d)

Vorwort

Chemnitz wählt am 11. Juni einen neuen Oberbürgermeister. Die Chemnitzer Grünen haben keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Dennoch wollen wir uns in diesem Heft ausführlich mit der Wahl beschäftigen.

Am 22. Mai luden wir gemeinsam mit Umweltverbänden und -organisationen die Kandidaten zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema "Wie hältst Du's mit der Umwelt?" ein. Besprochen wurden u. a. die umwelt- und klimapolitischen Ziele der Kandidaten sowie ihre Standpunkte zur Verkehrs- und Nahverkehrspolitik, zur Brach- und Grünflächenentwicklung und zur Organisation der Umweltverwaltung. CDU-Kandidat Detlef Nonnen hatte seine Teilnahme bereits frühzeitig abgesagt, so dass nur noch Barbara Ludwig, Uwe Barthel und Karl-Friedrich Zais im gut Veranstaltungssaal des Haus Tietz mit den zahlreich erschienenen Bürgerinnen und Bürgern diskutierten.

Außerdem haben wir die Kandidaten schriftlich befragt, um den Leserinnen und Lesern des GRÜNEN HEFTES die Möglichkeit zu geben, sich sachorientiert eine Meinung bilden und dann entscheiden zu können. Nur zwei der Bewerber nutzten die angebotene Möglichkeit, Ihre Standpunkte zu unseren Fragen hier im GRÜNEN HEFT darzustellen: Frau Ludwig und Herr Barthel.

Neu an dieser Ausgabe ist, dass wir DAS GRÜNE HEFT geöffnet haben für Beiträge auch außerhalb der unmittelbaren Fraktionsarbeit in Stadtrat oder Landtag. Deshalb wurden Artikel von der Grünen Jugend, unserer Bundestagsabgeordneten Monika Lazar sowie des grünen Kreisverbandes aufgenommen. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 11. August 2006.

Viel Spaß beim Lesen wünscht die Redaktion!

"... neue Großprojekte kritisch hinterfragen ..."

Ludwig und Barthel beziehen Stellung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen keinen eigenen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl auf. Statt dessen übersandten wir Frau Barbara Ludwig (SPD), Herrn Detlef Nonnen (CDU), Herrn Uwe Barthel (parteilos) und Herrn Karl-Friedrich Zais (PDS) einen Fragenkatalog zur Stadtentwicklung. Frau Ludwig und Herr Barthel übersandten uns ihre Antworten. Herr Nonnen bedauerte mit Schreiben vom 16. Mai, dass es ihm aufgrund terminlicher Eingebundenheit nicht möglich sei, auf die Fragen zu antworten und verwies auf seine Stellungnahmen in den Medien sowie auf sein Wahlprogramm. Von Herrn Zais haben wir keine schriftliche Reaktion erhalten. Hier nun unsere Fragen und die Antworten von Frau Ludwig und Herrn Barthel:

1. Leitbild: *Der städtische Internetauftritt nennt Chemnitz mal „Stadt mit Köpfchen“, mal „InnovationsWerkStadt“, mal „Stadt mit Bürgernähe“. Halten Sie das Fehlen eines Leitbildes für einen Mangel? Wollen Sie ein Leitbild entwickeln? Wenn ja, welches?*

Ludwig: Viel wichtiger als ein werbewirksam formuliertes Leitbild im Sinne von „Stadt mit Köpfchen“ oder ähnlicher Schlagworte ist aus meiner Sicht, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt als Ganzes identifizieren und sich in Chemnitz wirklich zuhause fühlen.

Barthel: Die Slogans sind alle brauchbar. Ein Leitbild ist jedoch mehr. Mein Leitbild wäre: In Chemnitz steht bei allem, was wir entscheiden, zuerst die Frage, ob es gut ist für Frauen und Kinder. Nur wenn das Projekt bzw. die Entscheidung gut für sie ist, ist es auch wirklich gut für die gesamte Kommune.

2. Klimaschutz und Energiepolitik: *Chemnitz gehört zu den Klimabündnisstädten Europas. Was werden Sie zur Verbesserung des kommunalen Klimaschutzes tun? Wie wollen Sie in Chemnitz die notwendige Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, Energieeinsparung*

und Energieeffizienz gestalten?

Ludwig: Ich möchte, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen und mehr auf die Nutzung regenerativer Energien und auf mehr Energieeinsparung setzen. Das bedeutet, dass wir bei der Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten und anderen öffentlichen aber auch privaten Gebäuden darauf achten, dass erneuerbare Energien wie die Solarkraft stärker genutzt werden und gleichzeitig der Energieverbrauch beispielsweise durch Verbesserungen des Wärmedämmungsstandards gesenkt wird. Außerdem sollte die Stadt durch die Ausweisung geeigneter Flächen zur Nutzung regenerativer Energien und durch die Unterstützung von Bürgersolarkraftwerken zur Verbesserung des Klimaschutzes beitragen.

Barthel: Klimaschutz, Energiewende, mehr Effizienz, erneuerbare Energien – ein klares Ja dazu, aber bitte als Bündel. Die Energiepreise werden weiter steigen, auch in Chemnitz. Mit einem funktionierenden Netzwerk, einer einheitlichen Strategie und unseren kommunalen Stadtwerken als starkem Rückgrat können wir aus eigener Kraft das besser in den Griff

bekommen und auch gegen die Preistreiberei der Großen etwas tun. Mein Projekt dafür heißt Energie-Allianz und wird im Falle meiner Wahl als OB an erster Stelle stehen. Das Bürgersolarkraftwerk sehe ich positiv, aber bitte eben möglichst nicht als separaten Alleingang.

3. Finanzen: Im Solidarpakt II werden ab 2009 die Beiträge deutlich sinken. Die dadurch entfallenden Einnahmen im Chemnitzer Haushalt können nicht vollständig durch andere Einnahmen kompensiert werden. Auf welche Ausgaben muss die Stadt Ihrer Ansicht nach verzichten, damit der Haushalt generationengerecht und zukunftsfähig bleibt? Wo darf aus Ihrer Sicht keinesfalls weiter gekürzt werden; wo muss eine höhere Förderung erfolgen? Befürworten Sie weitere Verkäufe von Anteilen städtischer Unternehmen, z.B. Stadtwerke?

Ludwig: Die Stadt sollte solide wirtschaften und nicht über ihre Verhältnisse leben. Investitionen sind da sinnvoll, wo Zukunft gesichert wird, also vor allem im Bildungsbereich, bei den Schulen und Kitas. Ich sehe



Einsparmöglichkeiten durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Stadt und privater Wirtschaft. Bei Großprojekten muss genau überlegt werden, ob diese noch notwendig sind und welche Folgekosten sie verursachen. Vorrangig geht es mir jedoch darum, die eigene Finanzkraft zu steigern. Das wird vor allem dann gelingen, wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und somit ihre Steuereinnahmen weiter verbessern. Einen weiteren Verkauf städtischer Tochtergesellschaften befürworte ich nicht, da die Stadt damit ihre Handlungsmöglichkeiten aus der Hand geben würde.

Barthel: Ein Beispiel aus meiner Berufspraxis: alle Kunden der Stadtwerke finanzieren über Abgaben und Gewinne den städtischen Haushalt nicht unerheblich mit. Allein 2005 sind rd. 24 Millionen Euro in städtische Kassen geflossen. Wer sein Geld wegen wenigen Cent oder Euro momentanen Scheinvorteils fremden Energiekonzernen gibt, beschert sich und uns allen am Ende viele große Verluste: an Kommunalfinanzen, Arbeitsplätzen, Gewerbeaufträgen, Sponsoring für Sport und Kultur, Ausbildungsplätze. Verzichten ja: z. B. auf teure Straßenrückbauten, Prestigeprojekte, tröpfchenweise Almosen ohne Wirkung. Kultur und Kunst in ihrer hohen Qualität müssen bleiben. Mehr Investitionen in Bildung auf allen Ebenen, auch denen „ganz unten“. Auch hier: Frauen und Kinder zuerst.

4. Umweltverwaltung und Umweltbildung: *Werden Sie das Umweltressorts der Stadtverwaltung wieder stärken? Befürworten Sie die Zusammenführung der umweltplanerischen Aufgaben mit den Umweltschutzaufgaben in ein Amt? Welche Zukunft hat das Umweltzentrum Chemnitz mit Ihnen als OB? Werden Sie sicherstellen, dass der Botanische Garten mit seinem vielfältigen Angebot erhalten wird? Befürworten Sie eine Übertragung der Einrichtung an das Klinikum?*

Ludwig: Einrichtungen wie das Umweltzentrum oder der Botanische Garten tragen zur Umweltbildung, zum bewussten Erleben von Umwelt und Natur und damit zum Umweltschutz bei. Die Stadt sollte solche Angebote deshalb auch in Zukunft fördern. Dabei steht für mich nicht die

Frage nach der Art der Trägerschaft, sondern nach dem Erhalt der Angebote im Vordergrund. Die Bündelung von Umweltaufgaben innerhalb der Stadtverwaltung mit dem Ziel einer Stärkung des Umweltschutzes halte ich für sinnvoll.

Barthel: Ja zur Stärkung der Umweltpolitik. Bitte aber in größeren Spannweiten und Zusammenhängen denken. Ja zum Botanischen Garten und dennoch oder gerade deshalb vorurteilsfrei die Idee einer Verbindung mit dem Klinikum weiter prüfen. Das Projekt könnte beiden Seiten viel bringen, denn das künftige zahlende Publikum ist quasi vor der Tür, der Erholungseffekt des Gartens könnte gezielt für Genesende eingesetzt werden. Mit dem Tietz läuft es sehr gut – wer sagt denn, dass wir kein Umweltkompetenzzentrum in der City haben könnten? Das jetzige Umweltzentrum ist mir zu klein, zu zergliedert, zu wenig für die Chemnitzer und seine Gäste nutzbar. Wir haben mehr zu bieten, angefangen von Naturkindergärten bis zur eigenen TU.

5. Entwicklungspolitik: *Unter OB Seifert wurde aus dem Freundschaftsvertrag mit Timbuktu eine Städtepartnerschaft mit vielen Initiativen. Was stellen Sie sich vor, für diese Nord-Südpartnerschaft zu tun?*

Ludwig: Ich möchte diese Initiativen fortführen und mich für eine Stärkung der Städtepartnerschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in Timbuktu einsetzen. Vorstellen kann ich mir Partnerschaften zwischen Schulen, Verbänden und Unternehmen unserer Stadt mit ihren Partnern in Timbuktu, aber auch die Anregung und Unterstützung konkreter Projekte durch die Stadt.

Barthel: Gut, dass sie dieses Thema ansprechen. Unlängst habe ich an alle Chemnitzer Partnerstädte geschrieben und mein großes Interesse an verbesserter künftiger Zusammenarbeit dargelegt. Dazu gehört auch eine neue Idee für Timbuktu. In den nächsten Tagen geht dahin eine Solaranlage auf Reisen – voll funktionstüchtig, 2 kW Leistung und ausreichend für z.B. den Betrieb einer Bewässerungspumpe. Ich werde die Kommunikation verbessern, um uns wieder ergebnisreicher die Hände zu reichen.

6. Kultur: Die städtischen Theater, Kunstsammlungen, Tietz und Weitere sind kulturelle Leuchttürme der Stadt. Das kulturelle Leben wird aber ebenso von einer freien Szene bereichert. Die Finanzausstattung zwingt zu Überlegungen, wie Chemnitz weitere Kultureinrichtungen finanzieren will. Wie werden Sie die laufenden Kosten für das Gunzenhauser - Museum und das Landesmuseum für Archäologie finanzieren? Freistaat und Stadt haben ihre Zuschüsse seit Eröffnung des sächsischen Industriemuseums deutlich gekürzt. Werden Sie sich beim Freistaat für den Fortbestand des Museums einsetzen und es auch seitens der Stadt fördern?

Ludwig: Nur durch den Koalitionsvertrag konnte erreicht werden, dass das Industriemuseum weiterhin vom Freistaat mit finanziert wird. Das Kulturraumgesetz, eine wesentliche Säule der Finanzierung unserer Kulturaufgaben, wird mindestens bis 2011 verlängert und die Landesmittel sind um zehn Millionen Euro erhöht worden. Mit dem Haus der Archäologie erhält die Stadt ihr erstes Landesmuseum. Stadt und Land stehen gemeinsam in der Pflicht, das reiche kulturelle Leben in unserer Stadt weiter zu befördern.

Barthel: Leuchttürme und freie Szene gehören untrennbar zusammen. Ich werde jetzt nicht zurückblicken und sagen, was ich anders gemacht hätte. Aber künftig werden bei Projekten die mittel- und langfristigen Folgekosten sehr scharf mit eingerechnet! Leuchttürme kann und muss sich Chemnitz dennoch leisten. Ich will die Wirtschaft mehr für die Unterstützung von Kunst und Kultur gewinnen, das verlangt Gefühl, den richtigen Ton und langen Atem. Denken weitere Kunst- und Kulturvereine aber auch Einzelpersonen künftig gemeinsam, so lassen sich auch Gelder besser lenken. Fakt ist aber: künstlerische Hobbys ohne klaren Mehrwert für die Kommune bleiben Privatsache.

7. Stadtentwicklung: *Viele Plattenbauten wurden in den letzten Jahren saniert. Andererseits verfallen Altbauviertel wie Sonnenberg und Brühl. Wie wollen Sie in den nächsten sieben Jahren diesen Verfall stoppen und wieder urbane Strukturen in dieser wertvollen historischen Bausubstanz aufbauen?*

Ludwig: Um Viertel wie den Brühl oder den Sonnenberg zu stärken, müssen diese für die Bevölkerung wieder attraktiver werden. Dazu gehören bezahlbare Mieten, moderne Wohnungen, ein schönes und vor allem lebendiges Wohnumfeld. Ich kann mir gut vorstellen, diese Stadtteile vor allem für jüngere Menschen interessanter zu gestalten, indem man mehr Freizeitangebote, die Sanierung von Wohngebäuden und die Aufwertung des Wohnumfeldes durch städtische Mittel gezielt fördert. Dabei kommt es mir darauf an, die heutigen und künftigen Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadtteile mit ihren eigenen Ideen und ihrer Kreativität ebenso wie die Vermieter in die Planungen einzubeziehen.

Barthel: Menschen machen die Stadt. Wenn in Chemnitz klar ist, dass hier „Frauen und Kinder zuerst“ gelebt wird, haben wir gute Karten für Zuwachs und Zuzug. Ich will möglichst viele Pendler und generell Menschen aus dem Umland als neue Bürger für unsere Stadt begeistern und „abwerben“.

8. Verkehr: *Die Einwohnerzahl von Chemnitz wird weiter sinken. Welche Straßenneu- und Ausbauprojekte halten Sie für notwendig und auf welche wollen Sie auf Grund dieser Tendenz verzichten? Wie stehen Sie zum Südverbundabschnitt V (Zwickauer Straße – Kalkstraße)? Welche Projekte werden Sie fördern, damit Menschen ohne PKW ebenso mobil sein können wie Autofahrer?*

Ludwig: Aus meiner Sicht sollte die Stadt im Verkehrsbereich neue Großprojekte kritisch hinterfragen und diese nur realisieren, wenn dafür tatsächlich ein nachweisbarer Bedarf besteht. Bei Projekten wie dem Teil V des Südverbundes sind Kosten und Nutzen ebenso sorgfältig abzuwägen, wie eventuelle Rückforderungen von Fördermitteln oder ökologi-

sche Beeinträchtigungen. Grundsätzlich gilt für mich: Der Straßenneu- oder -ausbau darf kein Selbstzweck sein. In Zukunft wird es immer mehr Menschen, vor allem Ältere, geben, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Deshalb kommt es mir darauf an, Projekte wie die „City-Bahn“, die einen großen Zuspruch erhalten, weiterzuentwickeln und denn städtischen Nahverkehr insgesamt bezahlbar und bedarfsgerecht zu gestalten. Wer den motorisierten Individualverkehr verringern will, muss auf einen attraktiven ÖPNV setzen.

Barthel: Für die Chemnitzer Verkehrsentwicklung gibt es Experten an Hochschulen, Trendberechnungen, Studien, die da mehr im „Stoff“ sind als ich. Aber ich finde den Südring richtig und wichtig, bin für den weiteren Ausbau nicht zuletzt wegen der Wirtschaft in angrenzenden Gewerbegebieten sowie für die Entlastung der Innenstadt und der östlichen Stadtteile. Als OB würde ich beim Teilstück Zwickauer Straße – Kalkstraße nochmals prüfen lassen, ob nicht bereits der Autobahnanschluss Chemnitz-West ausreicht. Zu fördernde Projekte sind P+R-Plätze für



PKW und Fahrräder an jeder Bundesstraße – kostenlos und bewacht zum Umsteigen in den ÖPNV; ein weiterer, viel schnellerer und preisgünstigerer Ausbau unseres Radwegenetzes und die strikte Überprüfung aller öffentlichen Wege auf Handhabbarkeit für Kinderwagen und Rollstühle - sowie die sofortige Beseitigung etwaiger Hindernisse.

9. Sozialpolitik: *Die Betreuungszeiten für Kinder erwerbsloser Eltern sind in Chemnitz verkürzt worden. Werden Sie dem Stadtrat vorschlagen, diese Entscheidung rückgängig zu machen? Befürworten Sie im Sinne der Subsidiarität weitere Ausgliederungen von Kindertageseinrichtungen und anderer sozialer Angebote an Freie Träger?*

Ludwig: Diesen Vorschlag rückgängig zu machen, würde jährliche Mehrkosten von über 1 Mio. Euro bedeuten - Geld, das an anderer Stelle eingespart werden müsste. In unseren Kitas und Horten werden Kinder nicht nur betreut. Für mich ist wichtig, dass unsere Kindertageseinrichtungen ihren Bildungsauftrag erfüllen. Das tun sie bereits heute sehr gut. Ich würde dem Stadtrat daher keinen Vorschlag zur Änderung der Betreuungszeiten machen. Kindertageseinrichtungen und Horte werden heute nicht nur von der Stadt sondern auch von vielen freien Trägern betrieben. Die freien Träger sichern dadurch auch die Vielfalt der Angebote. Ich kann mir vorstellen weitere Einrichtungen zu übertragen, sofern die Träger gute und verlässliche Konzepte haben. Entscheidend ist die Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote für unsere Kinder.

Barthel: Wenn ich „Frauen und Kinder zuerst“ sage, meine ich das auch so – also wird sich einiges ändern müssen. Betreuung von Kindern in allen Altersstufen und für alle Eltern muss als Dienstleistung verstanden werden; liebevolle Kinderpflege in den richtigen Händen, also fachlich qualifiziert, muss sich nach den Bedürfnissen der Kinder und der Eltern richten. Betreuungseinrichtungen – egal welcher Trägerschaft – müssen dem Berufsleben der Eltern zeitlich folgen oder auch die anstrengenden Bemühungen um eine neue Tätigkeit unterstützen. Schließzeiten, wie vielfach noch üblich, passen da keineswegs dazu. Gemeinsame Betreuungszentren einiger Firmen, Tagesmütter und -väter, Ganztagschulen

sowie Kinder- und Jugendclubs sollen in unserer Stadt wieder verstärkt Einzug halten. Dabei sind mir alle qualifizierten Helfer recht.

10. Jugendpolitik: *Wie möchten Sie in Zukunft Jugendkultur fördern? Wie wichtig sind Ihnen dabei Projekte wie Kraftwerk, AJZ und „Junges Wohnen auf dem Brühl“? Wie werden Sie der Arbeitslosigkeit junger Menschen entgegenwirken? Sind Sie für die Einrichtung eines kommunalen Jugendparlamentes?*

Ludwig: Um mehr junge Menschen in unserer Stadt zu halten und diese zum Herziehen zu bewegen, muss Chemnitz auch für junge Leute attraktiv sein. Um diese Attraktivität zu erhalten sind Angebote wie das AJZ, das Kraftwerk aber auch neue Projekte wie „Junges Wohnen auf dem Brühl“ sehr wichtig. In den nächsten Jahren wird es in Chemnitz einen steigenden Bedarf an gut ausgebildeten jungen Fachkräften geben. Also gute Bedingungen für junge Menschen, hier eine berufliche Perspektive zu finden. Junge Menschen an der Zukunft ihrer Stadt zu beteiligen ist wichtig. Deswegen unterstütze ich die Idee eines Jugendparlamentes, in dem Kinder und Jugendliche ihre Vorstellungen zur künftigen Stadtentwicklung diskutieren und an den Entscheidungen der Verwaltung und des Stadtrates mitwirken sollen. Voraussetzung für ein Jugendparlament ist aber nicht, dass dies die Verwaltung oder die Oberbürgermeisterin will, sondern die Jugendlichen müssen es wollen.

Barthel: Bei jedem in dieser Frage angesprochenem Punkt zieht sich das Thema Kinder und Jugendliche wie ein roter Faden durch, ich kann hier nur nochmals betonen und hervorheben: Auf Kinder, Jugendliche und Familien müssen sich kommunale Anstrengungen konzentrieren, ohne dabei Menschen anderer Lebensweisen und anderen Alters zu vernachlässigen. Soziale Einrichtungen und Projekte wie z. B. AJZ, Kraftwerk, aber beispielsweise auch die Parkeisenbahn, die auch eine wichtige berufsvorbereitende Bildungseinrichtung ist – verdienen neben unserer Sympathie eine deutliche Förderung. Bei einigen sind aber Zusammenschlüsse und zugleich auch Dezentralisierungen (Jugendclubs z. B. in den Stadtteilen) unerlässlich. Weitere Möglichkeiten sehe ich z. B. in der

Systematisierung der vielen Ausbildungsmessen und Informationsrunden für junge Menschen – hier wird sich verzettelt; der Überblick geht verloren, unser Nachwuchs wird nicht an die Hand genommen. Junges Wohnen – ja, jederzeit, aber nicht nur auf dem Brühl. Alle Generationen gehören unter ein Dach. Für ein Jugendparlament bin ich, aber nicht getrennt von unserem Stadtrat, sondern mittendrin mit gleichen Rechten und Pflichten.

11. Demokratie und Bürgerbeteiligung: *Viele Kommunen beziehen in unterschiedlichen Beteiligungsverfahren ihre BürgerInnen in die Gestaltung und Prioritätensetzung der kommunalen Entscheidungen ein. Die öffentliche Diskussion zum Verkehrskonzept ist ein positives Chemnitzer Beispiel. Welche Erweiterungsmöglichkeiten der Partizipation sehen Sie in unserer Stadt?*

Ludwig: Die Chemnitzerinnen und Chemnitzer noch mehr für unsere Heimatstadt zu aktivieren ist eines meiner Ziele. Das kann man durch Stadtteilkonferenzen und durch mehr Transparenz in der Verwaltung erreichen. Gerade bei der Verteilung finanzieller Mittel kommt es darauf an, Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu informieren und sie an den Entscheidungen des Stadtrates und der Verwaltung teilhaben zu lassen. Neben einem von den jungen Chemnitzerinnen und Chemnitzern gewollten Jugendparlament ist z.B. im Jugendhilfeausschuss zu diskutieren, ob alle Beteiligungsmöglichkeiten, die das Kinder- und Jugendhilfegesetz ja ausdrücklich will, auch angewandt und genutzt werden.

Barthel: Ich trete für regelmäßige Bürgersprechstunden – auch beim OB – ein und vertrete die Auffassung „Verwaltung hin zum Bürger“, nicht andersherum. Damit sind automatisch viele Bürgerbeteiligungen und öffentliche Diskussionen verbunden. So erreicht man mehr gegenseitige Akzeptanz. Und sicher auch mehr Verständnis für Entscheidungen in der Stadt, die nicht jedem recht sind und auch nicht jedem gleichermaßen recht sein können. Wichtig ist mir, das Solidarprinzip wieder mehr in den Vordergrund zu rücken.

12. Rechtsextremismus: *Rechtsextremismus ist eine Bedrohung der Demokratie. Würden Sie sich als Oberbürgermeister dieser Stadt über Ihre Amtspflicht hinaus auch als Persönlichkeit des öffentlichen Lebens gegen Rechtsextremismus zur Wehr setzen? Wie wollen Sie im Stadtrat mit rechtsextremen Kräften im umgehen?*

Ludwig: Auch als Oberbürgermeisterin möchte ich mich auch außerhalb des Rathauses dafür einsetzen, dass Chemnitz eine weltoffene Stadt ist. Das bedeutet für mich, rechten Tendenzen entgegenzuwirken, in dem man Initiativen wie das „Projekt Courage“ öffentlich unterstützt und sich gegen jede Art des Extremismus bekennt. Im Umgang mit rechtsextremen Kräften gilt für mich ein Grundsatz: Diese Ideologie bekämpft man am besten mit klaren Worten und noch klareren Argumenten. Aber nicht durch Wegschauen oder Schweigen.

Barthel: Demokratie bringt auch Meinungen zu Tage, mit denen man sich auseinander setzen muss. Mit demokratisch gewählten Stadträten werde ich selbstverständlich sachlich zusammenarbeiten. Bestrebungen aber, die Grundprinzipien unserer Verfassung angreifen, die Menschen- und Bürgerrechte verletzen und außer Kraft setzen wollen, werde ich mit allen legalen Mitteln bekämpfen.

Soweit die Antworten von Frau Ludwig und Herrn Barthel. Am 6. Juni wird die öffentliche Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Turmbrauhaus Chemnitz über ein Votum zur Oberbürgermeisterwahl abstimmen. Wer noch immer an Entscheidungsschwäche leidet, findet weitere Informationen über die Kandidaten und ihr Programm hier:

Barbara Ludwig: www.team-chemnitz.de

Uwe Barthel: www.ob-kandidat-barthel.de

Detlef Nonnen: www.nonnen.de

Karl-Friedrich Zais: www.zais-online.de

GRÜNE JUGEND verteilt Atomkraftwerke zum Aufessen

Diana Hohner resümiert 20 Jahre Tschernobyl

Am 26.04.2006 jährte sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum 20. Mal. Wir als Grüne Jugend nahmen dies zum Anlass, das Thema Energiepolitik, samt der strittigen Frage um die „friedliche Nutzung“ der Kernenergie, verstärkt auf die Tagesordnung zu bringen. Der Super-GAU von Tschernobyl liegt zwar schon 20 Jahre zurück, die Gefahren der atomaren Energieform sind jedoch noch lange nicht gebannt. Auf der ganzen Welt vollzieht sich scheinbar eine Renaissance der Atomenergie, bei immer knapper werdenden Ressourcen, wird auch hier in Deutschland der Fokus wieder vermehrt auf die Möglichkeit längerer Kraftwerklaufzeiten gesetzt. Aber sollte nicht gerade das Gedenken an die Reaktorkatastrophe von vor 20 Jahren uns dauer- und ernsthaft dazu ermahnen, am Atomkonsens festzuhalten?

Wir als Jugendliche, die mit den Problemen der Zukunft wohl krasser denn je konfrontiert werden, beantworten diese Frage mit einem eindeutigen „Ja“. Dem Streitpunkt Atomenergie wollten wir deshalb am 26. April vor allem mit Aktionismus begegnen – einem Aktionismus, durch den nicht nur die entsprechenden Gefahren dieser Energieform, sondern gleichzeitig auch die möglichen Alternativen dazu erläutert werden. Am Nachmittag informierten wir deshalb die Chemnitzer



Atomausstieg total: Die Grüne Jugend Chemnitz verpeist die letzten AKW's

Bürgerinnen und Bürger mithilfe eines Info-Standes am Roten Turm. Besonders positiv, zum Großteil belustigt, reagierten die PassantInnen auf unsere selbstgebastelten Mini-AKW's zum Aufessen. Die Meinungen über Pro und Contra des Atomkonsens klafften weit auseinander, insgesamt befürwortete aber auch hier in Chemnitz die Mehrheit einen Ausstieg aus der Kernenergie.

Am Abend waren wir zudem auf der Veranstaltung „Atomenergie - Auslaufmodell, oder Zukunftsenergie“ vertreten. An unserem Stand hatte jedeR BesucherIn der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung die Möglichkeit, ein deutsches bzw. tschechisches AKW seiner oder ihrer Wahl symbolisch zu „vernichten“. Leider stellten unsere Atomkraftwerke weltweit wohl die einzig genießbaren dar, dies mussten sich selbst anwesende CDU-PolitikerInnen eingestehen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass eine Präsenz politischer Themen auf der Straße wichtiger denn je ist. Zwar vertreten viele Menschen eine Meinung, die sich mehr oder weniger subjektiv durch Ereignisse,

wie Tschernobyl begründet, doch fehlt oft das Wissen über ganz pragmatische Gründe, die einen Ausstieg aus dem Ausstieg unverantwortlich machen würden. Am 26. April haben wir als Grüne Jugend in den Städten Chemnitz, Riesa, Großenhain, Zwickau, Leipzig, Pirna und Dresden mittels zahlreicher Aktionen und Infoständen versucht, diesen Defiziten entgegenzuwirken. Gerade wir als junge Menschen sehen uns hier in der Verantwortung und versuchen dieser nachzukommen, denn Tschernobyl ist nicht vergessen - die energiepolitische Zukunft liegt in unserer Hand.

Demokratie stärken

Monika Lazar über einen mühsamen Weg jenseits von Schlagworten

Der Schreibtisch ist ein guter Ort, um sich Theorien anzueignen. Wer aber die Alltagswirklichkeit der Menschen verstehen will, muss direkt hinschauen. Deshalb machte ich mich auf zu einer Infotour durch die neuen Länder. Ich wollte die Probleme mit Rechtsextremismus vor Ort genauer kennen lernen und mich mit Leuten, die dagegen vorgehen, austauschen.

Ich beteilige mich selbst seit Jahren aktiv an demokratischen Gegenaktivitäten. Als Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der grünen Fraktion trete ich darüber hinaus für mehr Unterstützung durch öffentliche Stellen ein. Und mit „Unterstützung“ meine ich nicht nur ermutigende Worte oder Betroffenheitserklärungen, sondern auch handfeste finanzielle Zuschüsse. Viel zu häufig stoße ich mit solchen Appellen auf Desinteresse oder Ablehnung, besonders in der CDU/CSU. Dabei würden oft geringe Geldbeträge genügen, um wichtige Projekte zu ermöglichen. Auf meiner Infotour konnte ich mich wieder davon überzeugen, mit wie viel Eigeninitiative, Phantasie und Zivilcourage die Arbeit gegen Rechtsextremismus betrieben wird – nicht selten gänzlich ehrenamtlich.

Eine wichtige Säule bürgerschaftlichen Engagements sind die Mobilen Beratungsteams (MBT). Die MitarbeiterInnen der MBT beraten LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und VertreterInnen aus Kommunalpolitik, Verwaltung, Vereinen, Kirchen oder Wirtschaft. Ihr Ziel ist es, kompetenten Widerstand und demokratische Kultur vor Ort zu fördern. Dabei gehen Krisenintervention und Entwicklung präventiver Ansätze ineinander über.

Eine der sieben Stationen meiner Infotour führte mich am 5. Mai nach Neukirchen. Dort leistet das MBT für den Bezirk Chemnitz wertvolle Arbeit. Die MitarbeiterInnen Petra Zais und Jens Paslack sind durch ihre Büroräume in der Kulturfabrik gut in zivilgesellschaftliche Aktivitäten eingebunden, u.a. durch die „Entimon“-Kontaktstelle. Im Haus gibt es zahlreiche Freizeitangebote, z.B. eine Keramik- und Holzwerkstatt, ein Textilkabinett, ein Malzimmer, eine Druckerei, einen Jugendclub und eine auch für Veranstaltungen nutzbare Galerie. Ich war beeindruckt von dieser Vielfalt.

Dennoch ist die Kulturfabrik nur eine kleine Insel, welche die Probleme der strukturschwachen Region nicht ausgleichen kann. Es findet eine starke Abwanderung statt, die meisten Industriezweige sind weg gebro-



Monika Lazar (l.), MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beim Besuch der Kulturfabrik Neukirchen

chen. Existenzielle Ängste bewegen die Menschen. Rechtsextremismus gehört nicht zu den Problemen, die im Vordergrund ihrer Wahrnehmung stehen. Als Gefahr wird er erst empfunden, wenn Gewalt im Spiel ist. Selbst dann neigen aber viele Verwaltungen, Schulen oder Familien zu Verdrängung oder Verharmlosung. Rassistische Ein-

stellungen gelten als weithin akzeptiert. Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen wird fast ausnahmslos auf Repression gesetzt. Die Polizei zeigt kaum Sensibilität und Problembewusstsein in diesem Bereich.

Erfreulicherweise hat der jahrelange Einsatz des MBT mittlerweile dazu geführt, dass Beratung immer stärker nachgefragt wird. Das ist wichtig, denn die Auseinandersetzung mit undemokratischen Haltungen wird immer komplizierter. Rechtsextremismus zeigt sich in ganz verschiedenen Erscheinungsformen. Da gibt es die randalierenden Fußballfans, die sich im Stadion zu Hakenkreuz-Formationen aufstellen oder mit „Sieg-Heil-Rufen“ türkische Läden stürmen. Empörung und Erschütterung rufen Neonazis hervor, die Passanten zusammenschlagen, weil diese eine dunklere Hautfarbe als sie selbst haben. In diesem Verhalten erkennen viele Menschen eine Bedrohung. Längst jedoch sind Neonazis nicht mehr durch ihre Springerstiefel und Bomberjacken identifizierbar. Sie nennen ihre Gruppen „Bürgerinitiativen“, organisieren Sportfeste, setzen sich für alltägliche Anliegen vor Ort ein, führen eigene Betriebe, bringen Jugendzeitungen heraus. Rechtsextreme in ganz Deutschland demonstrieren ihre Zugehörigkeit zur Mitte der Gesellschaft. Neonazistisches Denken rückt in gefährliche Nähe zur normalen Meinungsäußerung.

Auf diese Entwicklung gibt es keine einfache Antwort. Es bedarf eines breiten demokratischen Konsens'. Grundwerte wie Freiheit, Men-



Monika Lazar (m.) in der Holzwerkstatt

schenwürde und Gleichwertigkeit sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern ständig neu zu erkämpfen. Damit darf nicht erst vor Gericht begonnen werden. Die Elternhäuser, Schulen, ja bereits die Kindergärten, müssen erste Akzente setzen. Die Politik hat die Verantwortung, günstige Rahmenbedingungen für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Netzwerke zu schaffen und zu sichern. Dafür trete ich im Bundestag entschieden ein.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, kontaktieren Sie mein Chemnitzer Bürgerbüro:

Monika Lazar, Bundestagsabgeordnete
Mitarbeiterin Steffi Zaumseil
Theaterstraße 76, 09111 Chemnitz
Tel.: 0371 666 26 970
FAX: 0371 666 26 971
monika.lazar@wk2.bundestag.de
www.monika-lazar.de

Der „gläserne Fan“

Johannes Lichdi über Bürgerrechte während der Fußball-WM

Im Juni beginnt die Fußball-Weltmeisterschaft. Schon Monate zuvor wurden das Bürgerrecht auf Datenschutz über Bord geworfen. Die Innenminister haben ein umfangreiches Sicherheitskonzept vorgelegt. Es ermöglicht im Interesse einer vermeintlichen Rundum-Sicherheit die Verletzung vieler Grundrechte.

Erstens: Der Ticketverkauf führt zum „gläsernen Fan“. Die für den Ticketverkauf erhobenen Daten sollen offensichtlich zu Werbezwecken weitergegeben werden.

Zweitens: Das so genannte „Akkreditierungsverfahren“ für alle Personen, die außer den Fans und den Spielern in ein Stadion wollen, ist eine präventive Massenraisterung ohne Rechtsgrundlage.

Drittens: Die Bündelung aller Eingriffsmöglichkeiten bei der WM führt zu einem „Überwachungs-Großprojekt“, wie es der schleswig-holsteinische Datenschutzbeauftragte Dr. Weichert formulierte.

I. Wie sieht es aus beim Ticketverkauf:

Die Fans mussten bei der Bestellung ihre vollständige Personalausweisnummer angeben. Dies ist zur sicheren Identifizierung aber nicht erforderlich, dafür genügen die letzten vier Ziffern. Es ist unklar, für was die vollständigen Ausweisnummern gebraucht werden. Nach dem Personalausweisgesetz ist die Verwendung der Personalausweisnummer zur Erschließung anderer Dateien unzulässig.

Weiterhin mussten die Kaufinteressenten ihr Geburtsdatum angeben. Die Angabe des Geburtsdatums macht misstrauisch, denn über diese Angabe werden üblicherweise Dateien verknüpft. Offensichtlich ist es doch beabsichtigt, dass die „Nationalen Förderer“ die Daten zur Werbung und zum Weiterverkauf nutzen wollen.



Johannes Lichdi (MdL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), hier in einem Gespräch mit Fußballfan-Vertretern, fordert, den Generalverdacht gegen alle Fans zu beenden.

Schließlich: die Tickets sind mit RFID-Chips versehen. RFID heißt „Radio Frequency Identification“. Bei dieser Technik wird ein sehr kleiner Chip mit einem Sender auf einen Gegenstand aufgebracht. Mit einem Empfänger können dann die auf dem Chip gespeicherten Daten ausgelesen werden kann – und zwar unbemerkt! Damit wird die Totalüberwachung auf Schritt und Tritt möglich!

Was passiert mit den Daten? Können Sie zu kommerziellen Werbezwecken weitergegeben werden, insbesondere an die WM-Sponsoren, „Nationale Förderer“ genannt? Das Ticket-Verfahren sah zwar ein „Opt-out“-Verfahren vor – man konnte also anklicken, dass man keine Werbestippen ins Haus geschickt haben wollte. Allerdings war das konkrete Verfahren so ausgestaltet, dass beim Käufer der Eindruck entstehen musste, dass er nur dann beim Ticketverkauf berücksichtigt wird, wenn er sich mit Werbezusendungen einverstanden erklärt.

II. Akkreditierungsverfahren

Alle Personen, die kein Ticket aber Zutritt zu Veranstaltungsorten und dem äußeren Sicherheitsring haben, werden einem Akkreditierungsverfahren unterworfen. Das gesamte Servicepersonal, aber auch alle Journalisten, die als Dienstleister in und um die Stadien tätig werden wollen, werden überprüft. Es handelt sich dabei voraussichtlich um etwa 250.000 Personen. Die „Sicherheitsbehörden“ treffen eine Wertung, ob ein Sicherheitsrisiko bei Beschäftigung des Arbeitnehmers vorliegt. Das Ergebnis wird dem DFB über das BKA mitgeteilt. Entsprechend wird der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zu einer Dienstleistung zugelassen oder eben nicht. Der Betroffene erfährt nicht den Grund der Ablehnung. Rechtsschutzmöglichkeiten bestehen nicht. Es handelt sich um eine verdammt präventive Massenraisterung.

In ihrer Entgegnung auf die Kritik des Datenschutzbeauftragten stellt sich die sächsische Staatsregierung jetzt am 4. Mai auf den Standpunkt, dass eine gesetzliche Vorschrift zum Akkreditierungsverfahren geprüft werde! Im Klartext bedeutet das: man weiß, dass das Akkreditierungsverfahren rechtswidrig ist, man will aber vor der WM weitermachen und

keine Konsequenzen aus seinem rechtswidrigen Verfahren ziehen!

In und um den Fußball gibt es viele so genannte Fans, die sich nicht benehmen können, und Straftaten wie Sachbeschädigung oder Körperverletzung begehen. Dies ist nicht zu dulden und zu unterbinden. Allerdings muss auch einmal gesagt werden, dass die so genannten Hooligans, vor denen Deutschland vor der WM jetzt medial erzittert, in und um die Stadien gar nicht mehr auftauchen. Die verabreden sich lieber außerhalb im Wald, wo sie sich ungestört verprügeln können.

Auch die gängige Gleichsetzung zwischen Hools und Ultras ist in dieser Pauschalität nicht gerechtfertigt. In einer Anhörung des Sozialausschuss zur Fansozialarbeit hat ein Vertreter der Dresdner Ultras eindrucksvoll die Ziele der Ultras beschrieben, die eben nicht im Krawall bestehen.

Insgesamt halten wir den Ansatz einer verstärkten Fansozialarbeit für geeignet, um gewalttätige Auseinandersetzungen, Polizeieinsätze und Polizeikosten zu senken.

Mobilität für alle?

Annekathrin Giegengack über den Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Chemnitz

Seit geraumer Zeit diskutieren die Chemnitzerinnen und Chemnitzer den Verkehrsentwicklungsplan 2015. Die Beschlussfassung im Stadtrat steht nun bevor. Steht dieser Plan für eine nachhaltige und generationengerechte Verkehrspolitik in Chemnitz? Und führt er zu einer umweltverträglichen, für den Einzelnen und die Stadt finanzierbaren Mobilität, an der alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen teilnehmen können? Wir GRÜNEN Stadträte meinen: Nein!

Erstens: Zwar wird die Zielstellung formuliert „den Verkehrsaufwand im Stadtverkehr auf das notwendige Maß zu begrenzen“, doch im Plan selbst wird weiterhin auf Straßenaus- und Neubau gesetzt, das heißt mehr Straßen für weniger Verkehr und weniger Einwohner.



Zweitens: Zwar wird die Zielstellung formuliert „die stadt- und umweltverträglichen Organisation des Verkehrs zu verbessern“, doch der Plan setzt vorrangig darauf, die Voraussetzungen für den

motorisierten Individualverkehr zu verbessern. Die Verkehrsarten des Umweltverbundes stehen dem nach. Will man dem formulierten Ziel gerecht werden, muss dieses Verhältnis umgedreht werden.

Drittens: Der Verkehrsentwicklungsplan ist nur teilweise faktenbasiert. Die öffentlichen Zuschüsse für den ÖPNV werden bei jeder Haushaltskonsolidierung vorgerechnet. Die Zuschüsse und versteckten Subventionen für den PKW-Verkehr werden dagegen nicht systematisch ermittelt. Doch erst die Transparenz der Gesamteinnahmen und -kosten des motorisierten Individualverkehrs erlaubt eine fundierte und sachgerechte Entscheidung über Präferenzen bei verkehrspolitischen Konzepten und Maßnahmen. Ein entsprechender Antrag der GRÜNEN-Fraktion wurde im Jahr 2001 im Stadtrat abgelehnt.

Viertens: Der Verkehrsentwicklungsplan schafft nicht die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung des ÖPNV als eine wirkliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr. In der autofreundlichsten Stadt Deutschlands, wie Chemnitz vom ADAC ausgezeichnet wurde, wird der ÖPNV im Konkurrenzkampf bei der Verkehrsmittelwahl immer unterliegen. Nicht nur das veränderte Verhalten der Bevölkerung, sondern vor allem die städtische Verkehrspolitik der letzten 15 Jahre haben den ÖPNV in diese Defensive gedrängt. Während der vorliegende Plan viele konkrete Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Straßennetzes nennt, wird das Trassenangebot des ÖPNV insgesamt nicht erweitert. Maßnah-

menkonkrete Aussagen zur konsequenten Bevorzugung und Beschleunigung des ÖPNV stellt der Plan in Aussicht – nennt sie aber nicht.

Fünftens: Der Plan hat ein einseitiges Verständnis von Verkehrsmanagement. In einem Oberzentrum wie Chemnitz muss es zukünftig möglich sein, ohne PKW mindestens genauso mobil zu sein, wie mit PKW. Doch unter Verkehrsmanagement versteht der vorliegende Plan vor allem die effektive Lenkung von PKW und LKW durch die Stadt. Nicht das die Verwaltung keine Kompetenz zur Entwicklung moderner Mobilitätskonzepte hätte. Doch der Stadtrat war ja noch nicht einmal bereit, einen so kleinen Schritt wie die Einführung eines Pendlernetzes zu beschließen.

Mit dem Änderungsantrag „Streichung Südverbund zwischen Zwickauer und Kalkstraße im Optimalszenario“ greifen wir einen wichtigen Punkt heraus: Dieser Südverbundteil wird mindestens 20 Millionen



verschlingen, dazu kommen noch der Teil drei mit 13 Millionen und der Teil vier mit 42 Millionen. Es spielt keine Rolle, ob von Bund, Land oder Kommune finanziert: Die Mittel für den Ausbau und die spätere Erhaltung müssen letztendlich von uns allen und unseren Kindern aufgebracht werden. Wir wollen der nachfolgenden Generation aber keine Verkehrsinfrastruktur hinterlassen, die sie weder braucht, bewirtschaften noch erhalten kann, deswegen muss zumindest der Teil Fünf des Südverbundes noch gestoppt werden. Sein Beitrag zur Verkehrsentlastung ist äußerst fragwürdig. Dieser Abschnitt wird ein ökonomisches und ökologisches Desaster - und das nicht nur für die Anwohner im Bereich der Trasse.

1. Mai 2006

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beteiligen sich an der bundesweiten Aktion *“fair spielt”*



Anlässlich des Tages der Arbeit 2006 machten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit einem Infostand auf dem Neumarkt Chemnitz auf die Verletzung sozialer und wirtschaftlicher Menschenrechte bei der Herstellung von Spielzeug aufmerksam. Gemeinsam mit Partnerorganisationen in Europa und in Asien setzt sich die Aktion "fair spielt" für die Beachtung der Menschenrechte und grundlegender Arbeitsnormen in der Spielzeugindustrie ein. Ein kindergroßer Plüsch-Teddy lockte viele Besucher an den Infostand. Durch Beteiligung an einem Quiz und die Unterschrift auf einem Puzzle konnten Standbesucher selbst aktiv "Menschenrechte ins Spiel bringen".

Über 50 Prozent der deutschen Spielzeugimporte kommen aus Asien.

Die Arbeitsbedingungen in vielen dieser asiatischen Spielzeugfabriken sind schlecht: Die Arbeitszeiten sind extrem lang. Meist gibt es keinen Kündigungsschutz. Gesetzliche Mindestlöhne werden unterschritten, Arbeitsschutzbestimmungen grob verletzt. Mutterschutz gibt es nicht. All dies verstößt gegen nationale Gesetze und internationale Abkommen. Betroffen davon sind meist Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren."

Insgesamt wurden 99 Unterschriften gesammelt für soziale Mindeststandards in der asiatischen Spielzeugindustrie, z.B. gesetzlicher Mindestlohn, Einhaltung von Arbeitszeiten, korrekte Arbeitsverträge, Arbeits- und Gesundheitsschutz und menschenwürdige Unterkünfte gesammelt.



Die sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Barbara Ludwig unterstützte die Aktion mit ihrer Unterschrift auf dem Unterschriftenpuzzle.

Klimaschutz und Geldanlage

Volkmar Zschocke über die geplante Errichtung eines Bürgersolarkraftwerkes

Die Initiativegruppe "Bürgersolaranlage Chemnitz" möchte eine erste Photovoltaikanlage mit einer elektrischen Leistung von 30 Kilowatt (kWp) installieren. Die Investitionskosten werden mit maximal 160.000 Euro veranschlagt. Durch Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger soll ein Beitrag für den Klimaschutz in Chemnitz realisiert werden. Eine Beteiligung soll ab 1.000 EUR (in Einzelfällen auch ab 500 EUR) möglich sein. Jeder Teilhaber erhält dann jährlich seinen Anteil an den Erträgen.

Die Initiativegruppe führte am 24. Mai mit Unterstützung des Umweltamtes Chemnitz eine erste Informationsveranstaltung durch. Über 50 Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung ins Rathaus. Das große Interesse an dem Vorhaben schlug sich in einer Vielzahl konkreter Interessenbekundungen zur Beteiligung nieder, darunter auch von bekannten Bundes- und Landespolitikern wie zum Beispiel Johannes Gerlach (MdB/SPD), Peter Hettlich (MdB/Grüne) oder Johannes Lichdi (MdB/Grüne).

Um das Vorhaben zu befördern, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unterstützt von SPD, PDS und FDP einen Stadtratsantrag „Errichtung von Bürgergemeinschaftssolaranlagen“ initiiert. Ziel: Die Stadt soll geeignete Dachflächen kommunaler Immobilien bzw. Immobilien städtischer Unternehmen (z. B. CVAG Betriebshof, Depot-Gebäude Industriemuseum, Schulgebäude etc.) kostenlos zur Verfügung stellen.

Chemnitz ist 1992 dem "Klimabündnis" beigetreten, um einen lokalen Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels zu leisten. Ein wesentliches Ziel ist die Reduzierung des aus der Verbrennung fossiler Energieträger resultierenden Kohlendioxids (CO₂). Durch den Beitritt zum Klimabündnis ist Chemnitz eine Selbstverpflichtung eingegangen, die Emissionen von CO₂ pro Einwohner bis zum Jahr 2010 zu halbieren und später weiter schrittweise zu senken. Der im Jahr 2005 von der Stadtverwaltung vorgelegte Klimaschutzbericht macht deutlich, dass Chemnitz von der Erreichung dieser Reduktionsziele noch weit entfernt ist. Emissionen reduzieren kann die Stadt Chemnitz nicht allein, sondern nur gemeinsam mit Unternehmen, Organisationen, Initiativen und ihren Einwohnern. Ein Teil dieses Maßnahmenbündels ist die begonnene Etablierung der Photovoltaik in unserer Stadt. Dennoch stehen viele Menschen dieser Entwicklung skeptisch gegenüber. Eine in öffentlich-privater Partnerschaft organisierte Gemeinschaftssolaranlage wäre ein weiterer Beitrag, die 1992 im Stadtrat beschlossene Selbstverpflichtung zum Klimaschutz einzulösen. Diese böte den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Solarstrom auch ohne eigene Dachfläche zu produzieren und würde Ver-

trauen in diese innovative Form der Stromerzeugung schaffen.

Klimaschutz kann mittels Bürgersolarkraftwerken sogar zur sicheren Geldanlage werden. Die Refinanzierung der Investition erfolgt auf Grundlage des Gesetzes zur Einspeisung regenerativ erzeugten Stromes, kurz EEG. Zahlreichen Kommunen haben vergleichbare Anlagen bereits mit Partnern entwickelt und betreiben diese erfolgreich mit ihren Bürgerinnen und Bürgern an bzw. auf kommunalen Gebäuden oder Flächen.



Mit der vom Chemnitzer Umweltamt mit viel Engagement und Fachkompetenz erarbeiteten Solarfibel versucht die Stadt bereits seit einigen Jahren, der Skepsis gegenüber regenerativen Energien entgegenzuwirken und Hauseigentümer zu motivieren, in Solartechnik zu investieren. Dass sich das in Chemnitz lohnt, zeigen nicht zuletzt die positiven Ergebnisse der schon in unserer Stadt realisierten Solaranlagen. Nur Wenigen ist bekannt, dass Chemnitz die höchsten Globalstrahlungswerte in den Neuen Bundesländern aufweist.

weitere Informationen: Hr. Bernhard Herrmann Tel. 0177 817 85 10
info@buergersolaranlage-chemnitz.de
www.buergersolaranlage-chemnitz.de

oder über das Umweltamt Chemnitz
Hr. Holger Groth, Tel. 0371 488 36 33

Johannes Lichdi
Mitglied des Landtages
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Regionalbüro Chemnitz
Theaterstraße 76 (Hinterhaus)
09111 Chemnitz

Tel./FAX.: 0371 666 46 72

info@johannes-lichdi.de
www.johannes-lichdi.de

Monika Lazar, Peter Hettlich
Mitglied des Bundestages
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gemeinsames Regionalbüro
Theaterstraße 76 (Vorderhaus)
09111 Chemnitz

Tel.: 0371 666 26 970
FAX: 0371 666 26 971

monika.lazar@wk2.bundestag.de
www.monika-lazar.de

peter.hettlich@wk2.bundestag.de
www.peter-hettlich.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Chemnitz
GRÜNE JUGEND Chemnitz

Theaterstraße 76 (Vorderhaus)
09111 Chemnitz

Tel.: 0371 41 99 46

info@gruene-chemnitz.de
www.gruene-chemnitz.de

info@gruene-jugend-chemnitz.de
www.gruene-jugend-chemnitz.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion
im Stadtrat Chemnitz

Stadträte:
Annekathrin Giegengack
Dominik Zschocke
Volkmar Zschocke

Markt 1, 09111 Chemnitz

Tel.: 0371 488 13 25
FAX: 0371 488 13 94

fraktion@gruene-chemnitz.de
www.gruene-chemnitz.de